

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 848-48 ppbn d



Inhalt

Björn Engholm MdB, Parlamentarischer Staatssekretär, fordert die Verwirklichung der SPD-Pläne zum Thema Jugendarbeitslosigkeit.

Seite 1-4

Gert Weisskirchen MdB entlarvt die EBO-Schulbuchaktion als "unwissenschaftliche Polemik".

Seite 5/6

Hans Urbaniak MdB, stellvertretender AfA-Vorsitzender, zweifelt am politischen Talent des CDU-Politikers Kurt Biedenkopf.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 176

13. September 1978

Jugendarbeitslosigkeit - eine bildungspolitische Herausforderung

Der Maßnahmenkatalog der SPD muß schnell in die Tat umgesetzt werden

Von Björn Engholm MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Die Bildungschancen stellen sehr früh entscheidende Weichen für den weiteren Lebensweg des jungen Menschen. In Zeiten großer Arbeitslosigkeit zeigt sich dies besonders krass: Dann haben in aller Regel diejenigen Arbeitnehmer eine gesicherte Position am Arbeitsmarkt, die eine erfolgreiche schulische und berufliche Ausbildung vorweisen können. Sie werden als qualifiziertere Arbeitskräfte nicht so leicht entlassen. Und wenn sie - wie man im Technokraten-Deutsch so unüberlegt sagt - doch "freigesetzt" werden, dann haben sie erheblich bessere Aussichten, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, als diejenigen, denen keine Ausbildung zuteil wurde.

Diese Tatsachen sind durch eine Infratest-Untersuchung des Arbeitsmarktes im Auftrage der Bundesregierung gerade wieder eindrucksvoll bestätigt worden. Dort wurde eine Meßzahl berechnet, die für verschiedene Gruppen von Arbeitslosen die Chance der Wiederbeschäftigung in einem neuen Arbeitsver-

hältnis widerspiegelt. Sie ist am niedrigsten für Arbeitnehmer ohne abgeschlossene Berufsausbildung (71), erheblich höher für solche mit berufsbildendem Abschluß (117) und für Hochschulabsolventen nach wie vor am höchsten (165).

Dieser circulus vitiosus unzureichender Chancen und späterer Benachteiligungen gilt für die Arbeitslosen generell wie besonders auch für die Jugendlichen unter ihnen. Keinen Hauptabschluß erlangt zu haben, ist bei einem insgesamt betrieblichen Ausbildungsplatzangebot schon ein schweres Handikap an der Schwelle zur Berufsausbildung. Erzwungener Ausbildungsverzicht oder Resignation nehmen vielen dieser Jugendlichen dann auch die Möglichkeit, im beruflichen Wettbewerb um die ebenfalls knappen Arbeitsplätze bestehen zu können.

Von den 106.000 jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren im September 1977 hatten 71.600, das heißt etwa zwei Drittel, keine abgeschlossene Berufsausbildung. Betrachtet man die Arbeitslosen insgesamt, dann waren es auch dort mit mehr als 53 Prozent überdurchschnittlich viele, für die es sich nachträglich gerächt hat, daß ihnen Bildungs- und Ausbildungschancen verwehrt wurden oder sie sie nicht genutzt haben.

Das sozialdemokratische Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat deshalb zu Recht sehr deutlich gemacht, daß Maßnahmen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit und speziell von Jugendarbeitslosigkeit möglichst schon in Schule und beruflicher Bildung ansetzen müssen. Natürlich schaffen sie keine zusätzlichen Arbeitsplätze: Dieses Defizit kann nicht die Bildungspolitik beheben. Das ist vielmehr Aufgabe einer beschäftigungsstimulierenden Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Das neue Aktionsprogramm setzt dennoch zu Recht einen Schwerpunkt in der Qualifizierung aller jungen Menschen: Weil sie für den Einzelnen einfach Voraussetzung ist, nicht von vornherein dazu bestimmt zu sein, das Beschäftigungsrisiko übernehmen zu müssen. Und weil die Arbeitskräfte der 80er und 90er Jahre immer besser ausgebildet und flexibler sein müssen.

Das Aktionsprogramm enthält eine ganze Reihe von Maßnahmen, die die Bildungspolitik sehr schnell vorantreiben muß. Die entscheidenden sind:

- Die zügige Einführung eines 10. Pflichtschulbildungsjahres mit berufsvorbereitenden Inhalten in einer allgemeinbildenden oder beruflichen Schule. Damit soll mehr Schülern zu einem erfolgreichen Schulabschluß verholfen und der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung erleichtert werden.

- Der Anteil der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß muß weiter gesenkt werden. Dazu wird unter anderem der Ausbau zusätzlicher Angebote und Kurse für lernschwache Schüler in Sonderschulen und Hauptschulen gefordert wie auch der Ausbau aller Möglichkeiten, den Hauptabschluß nachträglich zuerkannt zu erhalten oder ihn nachholen zu können.
- Eine intensivere Bildungs- und Berufsberatung muß die hohe Zahl der "freiwilligen Verzichter" auf eine Berufsausbildung, insbesondere unter den Mädchen, herabsetzen.
- Es müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, für die noch weiter steigende Zahl von Schulabgängern in den nächsten Jahren ausreichende Ausbildungsplätze bereitzustellen. Sollte die Zusage der Wirtschaft, ein ausreichendes Angebot zu schaffen, unterfüllt bleiben, so fordert das Programm, die Umlage nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz unverzüglich zu erheben und die Mittel möglichst gezielt - regional und für besonders benachteiligte Gruppen von Ausbildungsplatzsuchenden - einzusetzen.
- Schließlich sollen die gesetzlichen Voraussetzungen für die Teilnahme von Jugendlichen an Weiterqualifizierungsmaßnahmen gelockert werden: Fehl- oder unterqualifizierte Jugendlichen müssen umgehend Schulungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden, um auch ihnen reellere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Einer wesentlichen Forderung des Aktionsprogramms hat die Bundesregierung bereits durch eine in den Beratungen für den Haushalt 1979 getroffene Entscheidung entsprochen: Um die Ausbildung in beruflichen Vollzeitschulen im Anschluß an die Pflichtschulzeit attraktiver zu machen, soll die Förderung nach dem BAföG für diese Jugendlichen schon im 10. Schuljahr einsetzen. Wir sind sicher, daß damit viele der Jugendlichen eher zur Aufnahme einer schulischen Berufsausbildung bereit sind, die bisher direkt auf den Arbeitsmarkt gingen, um schneller eigenes Geld verdienen zu können.

Die Bildungspolitik der vergangenen Jahre - das hat die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zur Bildungspolitik überzeugend dokumentiert - hat durchaus schon große Fortschritte erzielt: So konnte der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß zwischen 1965 und 1975 von 17,7 auf 11,6 Prozent verringert werden. Und auch der Anteil derjenigen Jugendlichen, die aus der Schule als Ungelernte direkt auf den Arbeitsmarkt gehen, ohne eine berufliche Ausbildung zu erhalten, konnte erheblich gesenkt werden. Die schulische und berufliche Qualifizierung immer mehr junger Menschen entlastet den Arbeitsmarkt erheblich und wird unserer Volkswirtschaft in den 80er Jahren gut gerüstete Nachwuchskräfte zur Verfügung stellen. Aber auf den erreich-

ten Erfolgen dürfen wir uns nicht ausruhen. Ziel muß sein, daß möglichst alle Jugendlichen einen schulischen Abschluß erlangen und anschließend eine berufliche Ausbildung durchlaufen.

Weil junge Frauen mit über 60 Prozent die Hauptbetroffenen der Jugendarbeitslosigkeit sind, stellt das Aktionsprogramm ihre Probleme und deren spezifische Ursachen zu Recht in den Mittelpunkt und Maßnahmen zu ihrer beruflichen Qualifizierung an die Spitze der Notwendigkeiten. Ihre Benachteiligung im Ausbildungsbereich muß gezielt abgebaut werden. Dies bedingt ein breiteres Angebot vollqualifizierender Ausbildungsplätze für Mädchen im dualen System und in Berufsfachschulen sowie eine verbesserte Information der weiblichen Schulabgänger und ihrer Eltern, damit sie den Nutzen der beruflichen Bildung erkennen und sich ihre Ausbildungsmöglichkeiten nicht durch das Festhalten an überkommenen Rollenklischees selbst beschränken.

Große Anstrengungen sind ferner nötig, damit den Kindern ausländischer Arbeitnehmer nicht von vornherein alle Zukunftsperspektiven verbaut sind und sie nicht das Proletariat der Wohlstandsgesellschaft von morgen darstellen. Zu Recht setzt das Programm auch hier zunächst an den Bildungschancen an: Durch besondere Förderung muß die Bildungsbeteiligung der ausländischen Jugendlichen - vom Kindergarten über die Schule bis in den berufsbildenden Bereich - erheblich angehoben werden. Es besteht Einhelligkeit, daß hier ein Problem- und Aufgabenschwerpunkt für die Fortschreibung des Bildungsgeamtplanes liegen wird.

Beschäftigungs- und bildungspolitische Argumente sprechen gleichermaßen dafür, daß der von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit von den politisch Verantwortlichen schnell in die Realität umgesetzt wird. Wir stoßen bei den betroffenen Jugendlichen zu Recht auf wenig Verständnis, wenn wir ihnen zu erklären versuchen, daß in der augenblicklichen Situation nun einmal eine allgemein schlechte Arbeitsmarktlage und eine besonders große Nachfrage der geburtenstarken Jahrgänge nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zusammentreffen, und daß es anderen Ländern noch sehr viel weniger gelungen ist, die daraus resultierenden Probleme zu lösen. In dem Aktionsprogramm heißt es: "Für Jugendliche, die am Beginn ihres Arbeitslebens stehen, ist Arbeitslosigkeit eine Belastung, die sich auf das ganze spätere Leben auswirkt". Und an anderer Stelle: "Die jungen Menschen haben Anspruch darauf, beruflich und sozial in die Gesellschaft eingegliedert zu werden. Die Gesellschaft braucht die Mitarbeit und das Engagement der jungen Generation." Dem ist nichts hinzuzufügen.

(-/13.9.1978/vo-he/ben)

Feuchtes Pulver für die Landtagswahlkämpfe

"Aktion Schulbuch" der CDU ist billige Polemik

Von Gert Weisskirchen

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im
Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft

Die vom Wirtschaftsrat der CDU e.V. im vergangenen Jahr mit Theaterdonner angekündigte "Aktion Schulbuch", mit der man die "Schulbuchwirklichkeit" in unserem Land ergründen wollte, ist dieser Tage mit der Veröffentlichung der "Untersuchungsergebnisse" abgeschlossen worden. Der inflationären Menge angeblicher "Studien" ist mit der Dokumentation der "Aktion Schulbuch" ein weiteres in Methode und Ergebnissen fragwürdiges Beispiel halbseidener Wissenschaftlichkeit hinzugefügt worden.

Hauptvorwurf der CDU-Wirtschaftler: "Mit den Mitteln der Verfälschung, der Unausgewogenheit, des Weglassens, der Herabsetzung und der Beschimpfung wird tendenziöse Pädagogik betrieben..." und "Verse, Lieder und Karikaturen in den Schulbüchern (dienten dazu) ein Zerrbild unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu entwerfen".

Worauf gründen die Vorwürfe? Die "Schulbuchstudie" ist entstanden nicht etwa durch gründlich fundierten Vergleich der in unseren Schulen zugelassenen und von Lehrern benutzten Bücher und Unterrichtsmaterialien, sondern durch eine Umfrageaktion bei den Mitgliedern und Freunden des Wirtschaftsrates. Was da herauskam, ist ein Sammelsurium inkompetenter Behauptungen und unsachlicher Unterstellungen, "belegt" ausnahmslos mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten und Karikaturen. Dabei wird weder auf den literarischen, noch auf den Unterrichtszusammenhang Wert gelegt.

Die so entstandene "Dokumentation" zeichnet ein grobkörniges Schwarzweiß-Bild einer Wirklichkeit, die mit der pädagogischen Wirklichkeit unserer Schulen und der dort eingesetzten Lernmaterialien überhaupt nichts zu tun hat. Die "Aktion Schulbuch" wollte "ein Signal setzen" und, Original-Ton Philipp von Bismarck: "Einen dabei hier und da möglichen 'Schockeffekt' nehmen wir um der Sache willen in Kauf."

Mit dieser Art "Schocktherapie" und mit solchem Verunsicherungsgerede sollten vor wenigen Wochen erst aus einer anderen Unionsecke die Redakteure des WDR und der WAZ auf Kurs gebracht werden. Mit schlampig recherchierten "Informationen" sollen Eltern, Lehrer und Schulverwaltungen verunsichert werden. Ausdrücklich stellt der Wirtschaftsrat auch einen - in der Sache völlig abwegigen - Zusammenhang mit dem Volksbegehren zur kooperativen Schule in Nordrhein-Westfalen her.

Vor allem die Veröffentlichungen des angesehenen Schulbuchautors Wolfgang Hilligen müssen als Quelle der CDU-Zitatensammlung herhalten. Zwei Beispiele verdeutlichen die fragwürdige Methode des Elaborats. Unter Gliederungspunkt 8 der "Dokumentation" findet sich ein Zitat aus Hilligens Buch "sehen - beurteilen - handeln" über die Entwicklung der KPD zur DKP. Dieses Zitat ist 18 Zeilen lang, allein fünf Zeilen sind dem KPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1956 gewidmet. Die wenigen Zeilen aus Hilligens Buch reichen den Unionsanalytikern als Fundierung für folgenden Kommentar aus: "Die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik werden nur beiläufig erwähnt, ihnen werden jedoch keine eigenen Kapitel oder Absätze gewidmet."

Ein Blick in Hilligens Buch belegt die Unverschämtheit dieser Methode einer angeblichen "Untersuchung". Im Zusammenhang mit einer Darstellung der marxistischen Lehre von ihren

Ursprüngen im vergangenen Jahrhundert bis zu den heutigen Formen des Marxismus wird ein einziges, winziges Kapitelchen der KPD und der DKP gewidmet. Es geht überhaupt nicht - wie der CDU-Kommentar suggerieren will - um die Parteienlandschaft der Bundesrepublik, sondern um die Darstellung und Problematisierung einer der großen geistigen und politischen Strömungen unserer Zeit.

Wer würde denn im Ernst die Notwendigkeit bestreiten wollen, daß sich unsere Kinder und Jugendlichen im politischen Unterricht mit Themen wie Marxismus und Stalinismus genauso beschäftigen müssen, wie mit allen anderen Formen von politischer Herrschaft und Ideologie? Die demokratischen Parteien werden von Hilligen vielmehr in einen historisch-politischen Erfahrungszusammenhang gestellt und damit aus der reinen und auch höchst unpolitischen Institutionenlehre herausgenommen. In Kapiteln über Demokratie, Grundrechte, Rechtsstaat und Sozialstaat, Parlamentarismus werden im politischen Zusammenhang Informationen über die demokratischen Parteien der Bundesrepublik vermittelt, die auf die Stärkung des demokratischen Bewußtseins gerichtet sind und nicht auf die bloße Quantität abfragbaren Wissens.

In dem am Beispiel Hilligen gezeigten Stil geht es durchgängig weiter. In Punkt Karikaturen als Unterrichtsmittel drängt sich der Eindruck auf, einzig die Zeichnungen von Hicks hätten die CDU-Wirtschaftler befriedigen können. Daß anhand von Karikaturen mit Schülern auch kontroverse Diskussionen geführt werden können, wird schlicht ignoriert.

Grotesk wird die "Dokumentation", wenn gar der schrullig-witzige Song von Gunter Gabriel "Hey Boss, ich brauch' mehr Geld", abgedruckt in einem der monierten Schulbücher, als Beweismittel angeblicher Diskreditierung der Marktwirtschaft herhalten muß. Lieber wäre es den CDU-Wirtschaftlern wohl, den Schülern würde wieder das Märchen von "gerechtem Lohn" eingebleut.

Fazit: Die "Studie" des Wirtschaftsrates ist nichts weiter als feuchtes Pulver für die gegenwärtigen Landtagswahlkämpfe. Vor allem in Hessen sind der CDU zum Thema Schulpolitik die Argumente ausgegangen. Mit der inflationären Anprangerung von Rahmenrichtlinien und integrierter Gesamtschule sind die Wähler kaum noch zu verunsichern. Die Vorteile dieser Schulform haben sich herungesprochen. Also müssen Schulbücher, teilweise gar nicht zugelassene, dazu herhalten, billiger Wahlkampfpolemik den Anspruch sachlicher Argumente zu geben. Die CDU bleibt weiterhin den Beweis dafür schuldig, daß sie sich um eine sach- und problemorientierte Schuldiskussion bemüht.

(-/13.9.1978/vo-he/ben)

Biedenkopf hat nichts gelernt

Wird das "Talent" von sich selbst und seiner Partei überschätzt ?

Von Hans Urbaniak MdB

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Der CDU-Politiker Prof. Kurt Biedenkopf hat offensichtlich aus dem Bundestagswahlkampf 1976 keine Lehren gezogen. Mit pauschalen Diffamierungen von Betriebsräten und Gewerkschaftern, denen er das Etikett "Filzokratie" anzuhängen versuchte, war der zungenfertige Experte auf Stimmenfang bei den Arbeitnehmern an Rhein und Ruhr gegangen. Die Aktion war ein Schlag ins Wasser, denn die törichte Kampagne brach schmachlich zusammen. Die Wähler durchschauten das Manöver und Gerichtsentscheidungen bestätigten serienweise die Haltlosigkeit der hinterhältigen Anwürfe.

Jetzt hat Biedenkopf, den die CDU gegenwärtig als Vorsitzenden des Landesverbandes Westfalen-Lippe verwendet und ihn auch auf den Stuhl des Wirtschaftssprechers der Bundestagsfraktion katapultieren will, auf dem CDU-Kreis-Parteitag in Werne seinen Filzokratievorwurf erneuert und als CDU-Thema für die bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlkämpfe 1979 angekündigt. Diese Mitteilung spricht nicht unbedingt für den politischen Einfallsreichtum des ehemaligen Henkel-Managers, den der CDU-Wirtschaftsrat für das größte wirtschaftspolitische Talent in der CDU hält.

Die Arbeitnehmer im Revier aber sehen etwas anderes in Biedenkopf. Das beweist der bittere Kommentar des Betriebsrates der Zeche "Monopol" in Bergkamen zu dem Vorgang: "Als es um den Erhalt unserer Arbeitsplätze auf der Zeche 'Monopol' ging, haben wir keinen verantwortlichen Politiker von der CDU bei uns gesehen. Alle Schreiben des Betriebsrates an CDU-Politiker und -Organe blieben bis heute unbeantwortet..."

Das Bild des Herrn Prof. Biedenkopf wird noch vollständiger, wenn man sich daran erinnert, daß er kürzlich über sein "Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik" in einer umfänglichen Studie zur Beschäftigungspolitik u.ä. vorschlug, die Frauenarbeitslosigkeit durch mehr Dienstbotenstellen in Privathaushalten zu reduzieren.

Könnte es sein, daß das politische Talent Biedenkopf von sich selbst und anderen etwas überschätzt wird? Wir erwarten jetzt mit Spannung die Reaktion der CDU-Sozialausschüsse und der CDU-Gewerkschaften im DGB, die sich nach dem Bundestagswahlkampf 1976 sehr kritisch mit Biedenkopf auseinandergesetzt hatten. (-/13.9.1978/vo-he/ben)